

Schweizerischer Baumeisterverband, Postfach, 8042 Zürich

Eidgenössisches Departement des Innern
Herr Bundesrat Alain Berset, Vorsteher
Inselgasse 1
3003 Bern

Bernhard Salzmann

Vizedirektor, Leiter Politik +
Kommunikation

Weinbergstrasse 49 / Postfach
D +41 58 360 76 30

M +41 78 762 45 31

bsalzmann@baumeister.ch

www.baumeister.ch

Zürich, 03.03.2020

Reform der beruflichen Vorsorge (BVG-Reform)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Mit der Eröffnung der Vernehmlassung vom 13. Dezember 2019 laden Sie interessierte Kreise ein, Stellung zu nehmen zur Reform der beruflichen Vorsorge (BVG-Reform).

Der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) ist die gesamtschweizerische Berufs-, Wirtschafts- und Arbeitgeberorganisation der Unternehmungen des Hoch- und Tiefbaus sowie verwandter Zweige des Bauhauptgewerbes. Der SBV vertritt die Interessen von mehr als 2500 Mitgliederbetrieben im Bauhauptgewerbe.

Unser Verband unterstützt den Reformvorschlag für einen vernünftigen BVG-Mittelweg. Der Vorschlag positioniert sich als Mittelweg zwischen dem Vorschlag des Bundesrats und dem Modell des Schweizerischen Gewerbeverbandes.

Mit der vorliegenden Vernehmlassungsantwort nehmen wir zum Vorschlag des Bundesrats Stellung und präsentieren gleichzeitig das Reformmodell des vernünftigen Mittelwegs.

Kurzfassung Position

Auch wenn wir den Lösungsvorschlag des Bundesrates grundsätzlich ablehnen, begrüssen wir einzelne Elemente davon.

Wir lehnen die Einführung von solidarisch finanzierten Pauschalbeiträgen zum Ausgleich der Leistungseinbussen der Übergangsgeneration ab. Auch lehnen wir die Vermischung der 1. und der 2. Säule ab.

Die Senkung des Koordinationsabzuges und die Anpassung der Altersgutschriften werden in angepasster Form begrüsst.

Der vernünftige Mittelweg sieht einen Umwandlungssatz von 6,0%, einen individualisierten Koordinationsabzug, Altersgutschriften von 9% für 20-24 Jährige (und damit einen früheren Beginn des Vorsorgens), 12% für 35-44 Jährige und 16% für 45-65 Jährige vor. Er behält die bewährte Trennung der 1. und 2. Säule bei.

1. Stossrichtungen der Reform

Die Berechnungsgrundlagen der 2. Säule entsprechen längst nicht mehr der Realität, weshalb die Senkung des Mindestumwandlungssatzes als vordringliche Hauptzielsetzung der Reform begrüsst wird. Gleichzeitig ist es sinnvoll, das Leistungsniveau für die Übergangsgenerationen durch Kompensationsmassnahmen zu erhalten.

Aufgrund des dringenden Handlungsbedarfes muss ein weiteres Ziel der Reform sein, eine grösstmögliche Akzeptanz sicherzustellen, damit die Vorlage mehrheitsfähig wird. Die vorliegende Reform fokussiert sich daher richtigerweise auf die Senkung des Mindestumwandlungssatzes und der damit verbundenen lang- und kurzfristigen Kompensationen. Weitere bereits bekannte Reformanliegen oder gänzlich neue Vorsorgemodelle sind somit nicht in diese Reform aufzunehmen.

Die nachfolgenden Schilderungen erklären, warum wir der Auffassung sind, dass der Vorschlag des Bundesrats nicht mehrheitsfähig ist. Um die Mehrheitsfähigkeit zu erreichen, unterstützen wir den vernünftigen Mittelweg.

2. Massnahmen im Einzelnen

2.1. Senkung des Mindestumwandlungssatzes

Diese Massnahme wird unterstützt.

Eine Person in der Schweiz, die heute das Rentenalter (65 für Männer, 64 für Frauen) erreicht, hat eine Lebenserwartung von etwa 24 Jahren¹. Bei der Einführung des BVG im Jahr 1985 betrug die Lebenserwartung bei Erreichen des Rentenalters etwa 18 Jahre und hat sich somit deutlich erhöht. Gleichzeitig haben sich die Renditeerwartungen aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus markant reduziert. Beim aktuellen Mindestumwandlungssatz von 6,8% dürften Pensionskassen eine Rente nur rund 15 Jahre² auszahlen, ohne gegen das Prinzip der Kapitaldeckung in der 2. Säule zu verstossen.

Um die zu hoch versprochenen Renten im Obligatorium zu finanzieren, wird die erzielte Rendite auf dem Kapital der Erwerbstätigen zu den Rentnern umverteilt. Zusätzlich werden die Risikobeiträge der Aktiven zu hoch angesetzt und ebenfalls genutzt, um die laufenden Renten zu finanzieren. Die so entstehende jährliche Umverteilung von Erwerbstätigen zu Rentnern in der 2. Säule beläuft sich laut OAK BV auf rund 7 Milliarden Franken.

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Senkung des Mindestumwandlungssatzes auf 6,0% ist vor diesem Hintergrund dringend notwendig und als Schritt in die richtige Richtung zu begrüssen. Auch wenn ein Mindestumwandlungssatz ohne Umverteilung noch deutlich tiefer liegen müsste, erkennen wir an, dass eine Senkung auf unter 6,0% aktuell politisch nicht mehrheitsfähig wäre.

2.2. Senkung des Koordinationsabzuges

Diese Massnahme wird bedingt unterstützt. Es werden gezielte Anpassungen vorgeschlagen.

Ein zu hoher Koordinationsabzug bedeutet, dass Personen mit geringem Einkommen nicht über die zweite Säule vorsorgen können. Ein zu tiefer Koordinationsabzug impliziert hingegen sehr hohe Abzüge vom Einkommen, die für den jetzigen Lebensunterhalt nicht zur Verfügung stehen. Daher muss der Koordinationsabzug mit Augenmass gesenkt werden.

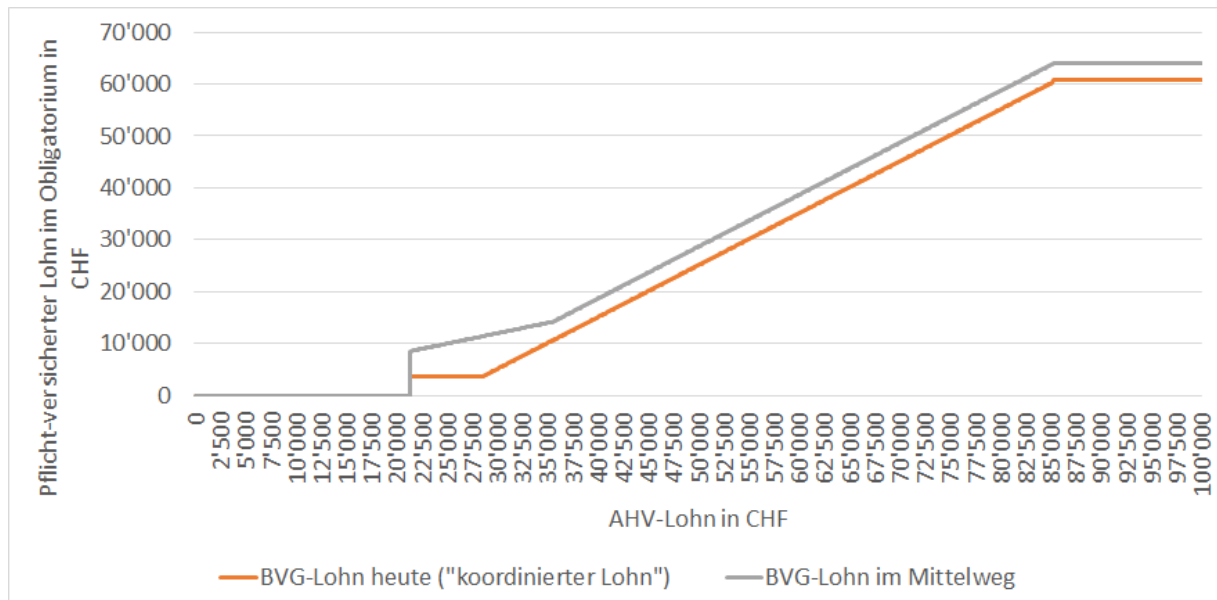
¹ Berücksichtigt die zukünftig erwartete Entwicklung der Lebenserwartung gemäss Modell des Bundesamts für Statistik

² Unterstellt eine Renditeerwartung von 1 – 2% während der Rentenbezugsdauer

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Halbierung des Koordinationsabzuges geht zu weit. Sie führt zwar zu höheren versicherten Löhnen, was namentlich die Vorsorgesituation von Versicherten mit tiefen und mittleren Einkommen verbessert. Diese Versicherten müssen aber mitunter bis zu 3-5 mal so hohe Abgaben leisten als bisher. Das sind mehrere Hundert Franken pro Jahr. Geld, das zum Bestreiten des Lebensunterhalts fehlt. Geld, das bei tiefen und mittleren Einkommen spürbar fehlt. Hand in Hand steigen damit auch die Kosten für Arbeitgeber, die mindestens 50% der Beiträge auf der höheren versicherten Lohnsumme tragen müssen.

Wir schlagen stattdessen vor, den Koordinationsabzug zu individualisieren: er soll 60% des AHV-Lohnes betragen, jedoch maximal CHF 21'330. Damit wird dem Anspruch, Personen mit tieferem Einkommen besser zu versichern, gezielt Rechnung getragen.

Die folgende Grafik illustriert den Effekt des individuellen Koordinationsabzuges:



Liegt der AHV-Lohn unter der Eintrittsschwelle, zahlt ein Erwerbstätiger weder heute noch künftig in die BVG-Säule ein.

Heutzutage gilt, dass sobald ein Erwerbstätiger die Eintrittsschwelle überschreitet, sein minimaler versicherter Lohn 3'555 CHF beträgt, auch wenn sein AHV-Lohn unter dem Koordinationsabzug liegt. Wegen des heute zu grossen Koordinationsabzugs steigt der versicherte Lohn aber erst, wenn ein Erwerbstätiger mehr als 28'440 CHF AHV-Lohn verdient. Dadurch ist nur ein kleiner Teil (etwa 12% - 30%) des AHV-Lohns von Niedrigverdienern überhaupt in der 2. Säule versichert.

Beim BVG-Mittelweg gilt hingegen: sofort ab Erreichen der Eintrittsschwelle werden 60% des AHV-Lohns als Koordinationsabzug subtrahiert. Anders ausgedrückt: mindestens 40% des AHV-Lohns von Niedrigverdienern ist versichert.

Ein Beispiel: Der AHV-Lohn eines Erwerbstätigen soll 21'330 CHF betragen, dies entspricht genau der Eintrittsschwelle. Im heutigen Regime beläuft sich sein BVG-Lohn nur auf das Minimum von 3'555 CHF. Beim Mittelweg hingegen beträgt sein Koordinationsabzug $60\% \cdot 21'330 \text{ CHF} = 12'798 \text{ CHF}$. Damit entspricht sein BVG-Lohn 8'560 CHF ($= 21'330 \text{ (AHV-Lohn)} - 12'798 \text{ CHF (Koordinationsabzug)}$).

Dadurch steigt der versicherte BVG-Lohn insbesondere für Erwerbstätige mit tiefen Löhnen oder Teilzeitangestellte. Damit können diese Personen wesentlich besser über die 2. Säule für ihre Pensionierung vorsorgen.

Für die Berechnung des Koordinationsabzugs ist beim Mittelweg der AHV-Lohn in seiner Gesamtheit massgebend. Gerade bei Arbeitnehmern mit mehreren Jobs, beispielsweise Teilzeitarbeitende mit mehreren Kleinpensen, führt der Mittelweg zu einer Besserstellung gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag, weil der Koordinationsabzug nicht pro Arbeitspensum mit einem absoluten Betrag von CHF 12'445 zur Anwendung kommt.

Mit steigendem AHV-Lohn nimmt natürlich auch der Koordinationsabzug in Franken zu. Dies läuft dem Sinn entgegen, den Koordinationsabzug auch für die Sanierung der 2. Säule zu nutzen. Deswegen soll der Koordinationsabzug gemäss des Modells des Mittelwegs bei 21'330 CHF begrenzt werden. Damit ist der versicherte BVG-Lohn immer mindestens 3'555 CHF höher als im heutigen BVG-Regime. Der versicherte Lohn für Personen mit höheren Einkommen, was oftmals ältere Arbeitskräfte sind, wird im Vergleich zum aktuellen BVG moderat erhöht.

Der Mittelweg möchte die heutige Obergrenze von 85'320 CHF beibehalten. Heute sind maximal 60'435 CHF in der 2. Säule pflichtversichert, beim Mittelweg 63'990 CHF. Falls der AHV-Lohn die Obergrenze überschreitet, so betritt man das Überobligatorium.

Unser Vorschlag für den Koordinationsabzug:

60% des AHV-Lohnes, maximal aber CHF 21'330 ($\frac{3}{4}$ der maximalen AHV-Rente)

2.3. Anpassung der Altersgutschriftensätze

Diese Massnahme wird bedingt unterstützt. Es werden gezielte Anpassungen vorgeschlagen.

Mit der Anpassung und Vereinfachung der Altersgutschriftensätze wird eine politische Forderung aufgenommen. Die Senkung der Altersgutschriftensätze für ältere Mitarbeitende kann deren Situation auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Aufgrund der unter Ziff. 2.2 von uns vorgeschlagenen Anpassung des Koordinationsabzugs ergeben sich tiefere versicherte Löhne gegenüber dem Vorschlag des Bundesrats. Daraus ergibt sich eine differenzierte Staffelung der Altersgutschriften, damit das bisherige Leistungsziel erreicht werden kann (vgl. hierzu auch Kapitel 6).

In der Schweiz nehmen viele junge Menschen bereits im Alter zwischen 20 und 24 Jahren am Arbeitsmarkt teil. Gerade ihnen steht am meisten Zeit zur Verfügung, um für das Alter vorzusorgen. Wir schlagen deshalb vor, Altersgutschriften von 9% für 20- bis 24-Jährige einzuführen, damit sie frühzeitig über eine Pensionskasse für ihre Rente vorsorgen können. Ein weiterer nicht zu unterschätzender Vorteil dieses Vorschlags liegt darin, dass gerade die künftigen Generationen damit angeleitet werden, sich frühzeitig mit der beruflichen Vorsorge auseinanderzusetzen.

In Kombination mit dem individualisierten, gedeckelten Koordinationsabzug hält sich die Mehrbelastung für die betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einem Rahmen, der hilft, dass die Reform mehrheitsfähig wird.

Des Weiteren schliessen wir uns dem Vorschlag des Bundesrats an, die Altersgutschriften für 25- bis 34-Jährige zu erhöhen.

Unser Modell sieht für die 35- bis 44-Jährigen Altersgutschriften von 12% und für die 45- bis 54-Jährigen von 16% vor. Um die hohen Lohnnebenkosten der 55- bis 64-Jährigen zu senken, erachten wir eine Senkung der

entsprechenden Altersgutschriften auf 16% für angebracht. Damit bleiben die Altersgutschriftensätze wie beim Vorschlag des Bundesrats für die über 44-Jährigen konstant.

Unser Vorschlag für die Altersgutschriftensätze:

20-24 Jahre:	9%
25-34 Jahre:	9%
35-44 Jahre:	12%
45-54 Jahre:	16%
55-65 Jahre:	16%

Die Altersgutschriftensätze sind zwar teilweise höher als im Vorschlag des Bundesrats, berechnen sich aber aufgrund des höheren Koordinationsabzugs auf einem tieferen versicherten Lohn.

Gegenüber dem Vorschlag des Bundesrats ergeben sich dadurch folgende Auswirkungen auf die effektive, frankenmässige Höhe der Altersgutschriften:

- In der Alterskategorie 20-24 Jahre führen die von uns neu vorgeschlagenen Sätze frankenmässig in jedem Fall zu höheren Altersgutschriften.
- In der Alterskategorie 25-34 Jahre resultieren aufgrund der unveränderten Sätze tiefere Altersgutschriften in Franken, da die versicherten Löhne tiefer sind.
- In der Alterskategorie 35-44 Jahre resultieren aufgrund der höheren Sätze trotz der tieferen versicherten Löhne ab einem AHV-Lohn von CHF 50'000 höhere Altersgutschriften in Franken.
- In den Alterskategorien 45-54 Jahre und 55-65 Jahre resultieren trotz höheren Sätzen aufgrund der tieferen versicherten Löhne frankenmässig tiefere Altersgutschriften bis zu einem AHV-Lohn von rund CHF 80'000.

Im Paket ermöglichen diese Massnahmen (Reduktion des Koordinationsabzugs, Anpassung der Altersgutschriftensätze, Sparen ab Alter 20) den Erhalt des bisherigen Leistungsziels, indem ein höheres Altersguthaben bis zur Pensionierung aufgebaut wird und dadurch die Senkung des Mindestumwandlungssatzes kompensiert werden kann.

2.4. Rentenzuschlag

Diese Massnahme wird abgelehnt.

Um das Rentenniveau zu halten, sollen für eine Übergangsgeneration von 15 Jahrgängen lebenslange Rentenzuschläge zwischen CHF 100 und CHF 200 ausbezahlt werden. Ab dem 16. Jahrgang ist die Höhe des Rentenzuschlags durch den Bundesrat festzulegen. Diese Zuschläge werden über Lohnbeiträge in Höhe von 0,5% auf dem AHV-pflichtigen Einkommen bis zum maximalen im BVG versicherbaren Einkommen (derzeit CHF 853'200) finanziert. Der Sicherheitsfonds BVG soll diese Beiträge verwalten und an die Pensionskassen auszahlen.

Damit wird innerhalb der 2. Säule das systemfremde Umlageverfahren als legitimes und dauerhaftes Element eingeführt. Für die Mehrheit der Versicherten würde dies zu einem unnötigen Leistungsausbau mit hohen Kosten führen, denn der Rentenzuschlag wird nach dem Giesskannenprinzip an alle Neurentner ausgerichtet – unabhängig davon, ob diese aufgrund der Reform Einbussen erleiden oder nicht. Zudem ist kein definitives Ende des Rentenzuschlags vorgesehen, was für Rentengenerationen in 15 Jahren zu einem weiteren Leistungsausbau führen würde, der wieder mehrheitlich von den jungen Generationen getragen werden müsste.

Der Rentenzuschlag wird deshalb entschieden abgelehnt. Er stellt das bewährte Drei-Säulen-Modell in Frage, baut die Umverteilung in der 2. Säule weiter aus und führt zu einem kostspieligen und weitgehend unnötigen Leistungsausbau mit der Giesskanne.

Die Einführung des Rentenzuschlags würde zudem die Kompensation von weiteren, aus heutiger Sicht bereits absehbaren Senkungen des Mindestumwandlungssatzes, präjudizieren. Es muss davon ausgegangen werden, dass dann zusätzliche, kostspielige Rentenzuschläge nach gleichem Muster als Kompensation gefordert würden und die Umverteilung in der 2. Säule somit noch weiter ausgebaut würde.

Nicht berücksichtigt wird zudem, dass viele Pensionskassen in den letzten Jahren ihre Umwandlungssätze bereits angepasst und gleichzeitig den Sparprozess durch eine Senkung des Koordinationsabzuges, Anpassung der Altersgutschriftensätze oder Einlagen in die Altersguthaben der Versicherten aus erwirtschafteten Vermögenserträgen verstärkt haben. Gemäss einer Swisscanto-Umfrage beträgt der durchschnittlich angewandte Mindestumwandlungssatz im Jahr 2018 bereits 5,7%. Die in diesen Pensionskassen versicherten Arbeitnehmer und deren angeschlossenen Arbeitgeber würden also ein weiteres Mal zur Kasse gebeten.

Ein weiterer Nachteil der vom Bundesrat vorgeschlagenen Kompensationsmassnahme ist der zentrale Mechanismus der Finanzierung über den Sicherheitsfonds. Für die Erhebung der Beiträge und die Überweisung an den Sicherheitsfonds sind die Vorsorgeeinrichtungen zuständig, was zu einem erhöhten administrativen Aufwand und somit Mehrkosten führt.

Der Anspruch auf den Rentenzuschlag ist zudem an Bedingungen geknüpft, die von den Vorsorgeeinrichtungen geprüft werden müssen. Dazu gehören u.a. die Nachweise, dass die Personen während mindestens 15 Jahren als Arbeitnehmer oder als Selbstständigerwerbende gemäss BVG versichert war und unmittelbar vor dem Bezug des Rentenzuschlags während mindestens zehn aufeinanderfolgenden Jahren in der AHV versichert war. Zusätzlich ergeben sich neue Meldepflichten für die Vorsorgeeinrichtungen gegenüber dem Sicherheitsfonds (z.B. jährliche Meldung der anspruchsberechtigten Bezüger eines Rentenzuschlags). Dies verkompliziert und verteuert die berufliche Vorsorge zusätzlich.

Wir schlagen deshalb vor, dass das BVG-Altersguthaben für die ersten 10 Übergangsgenerationen, die eine Rente beziehen, einmalig erhöht wird. Die Kompensation erhält auch, wer seinen ordentlichen Rentenbezug vorzieht oder aufschiebt, unter Berücksichtigung der üblichen Rentenkürzung bzw. Rentenerhöhung.

Mit der Reform sinkt der Umwandlungssatz und damit die Jahresrente um etwa 12%. Die erste Übergangsgeneration ist am stärksten von der sofortigen Senkung des Umwandlungssatzes betroffen, weil sie keine Zeit hat, mehr Altersguthaben aufzubauen. Damit sie trotzdem ihre volle Jahresrente erhält, muss ihr Altersguthaben bei Pensionsantritt um 13% erhöht werden. Je 100.000 CHF steigt das Altersguthaben um 13.000 CHF. Dieses erhöhte Altersguthaben wird mit dem neuen Umwandlungssatz von 6.0% in die Jahresrente umgewandelt, d.h. $113.000 \text{ CHF} * 6.0\% = 6.800 \text{ CHF}$. Die bisherige Jahresrente bleibt gewahrt.

Die nachfolgenden Generationen haben jedoch mehr Zeit, um mehr Altersguthaben bis zu ihrer Pensionierung aufzubauen. Im Vergleich zum bisherigen System verlieren sie also nicht 12%, sondern etwas weniger. Deswegen ist es auch nicht nötig, ihr Altersguthaben um 13% zu erhöhen, sondern etwas geringfügiger. Wir schlagen eine lineare Abnahme der Kompensation über 10 Jahre vor, wie die folgende Tabelle zeigt.

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
Umwandlungssatz	6.8%	6.0%	6.0%	6.0%	6.0%	6.0%	6.0%	6.0%	6.0%	6.0%	6.0%	6.0%
Kompensation	0.0%	13.0%	11.7%	10.4%	9.1%	7.8%	6.5%	5.2%	3.9%	2.6%	1.3%	0.0%

Bei der Kompensation wird stets das Überobligatorium des Versicherten mitberücksichtigt (Anrechnungsprinzip). Wenn das Altersguthaben zu einem Teil aus überobligatorischem Altersguthaben besteht, so fällt die Erhöhung des gesamten Altersguthabens entsprechend tiefer aus. Die Bedeutung dieses Konzepts soll anhand eines Beispiels illustriert werden: Ein Versicherter geht am 1.1.2021 in Pension. Sein Verlust aus dem tieferen Umwandlungssatz würde ca. 12% betragen. Wenn das Altersguthaben dieses Versicherten vollständig aus BVG-Altersguthaben besteht und er kein überobligatorisches Altersguthaben hat, so wird sein Altersguthaben um 13% erhöht. Wenn sein Altersguthaben beispielsweise zu 8% aus überobligatorischem Altersguthaben besteht, so wird sein gesamtes Altersguthaben nun um 5% ($13\% - 8\% = 5\%$) angehoben.

Finanziert wird die Kompensation durch jede Pensionskasse selbst. Es gibt keine Umverteilung zwischen den Pensionskassen. Damit erfolgt die Finanzierung dezentral.

Es ist die Aufgabe des paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzten Stiftungsrates, Lösungen zum Ausgleich der Umwandlungsverluste zu erarbeiten. Die Pensionskassen müssen gemäss Weisung der Oberaufsichtskommission (OAK) Rückstellungen für zukünftige Umwandlungssatzverluste bilden. BVG-nahe Pensionskassen, die aufgrund der gesetzlichen Vorgaben den reglementarischen Umwandlungssatz nicht wesentlich unter den BVG-Umwandlungssatz senken können, haben hohe Umwandlungssatzverluste bei jeder Pensionierung und in der Bilanz eine entsprechend hohe Rückstellung für diese zukünftigen Verluste gebildet.

Durch die sofortige Reduktion des BVG-Umwandlungssatzes von 6.8% auf 6.0% reduzieren sich die zukünftigen Umwandlungssatzverluste und ein wesentlicher Teil der gebildeten Rückstellung kann aufgelöst werden. Aufgrund der abnehmenden Kompensationssätze sind die Gesamtkosten tiefer als die Gewinne aus der Auflösung der Rückstellung und können durch diese finanziert werden.

Die Kompensationseinlagen können durch die vorhandenen Rückstellungen finanziert werden und es verbleibt sogar noch ein Gewinn in den Pensionskassen, der den Deckungsgrad erhöht.

Die Pensionskassen haben in den letzten Jahren daher auch zunehmend Rückstellungen aufgebaut. Die sog. technischen Rückstellungen, welche u.a. für die Pensionsverluste gebildet werden, sind laut der Pensionskassenstatistik des Bundesamts für Versicherungen zwischen 2014 und 2018 von 34 Mrd. CHF auf 38 Mrd. CHF gestiegen

Gemäss der Schweizer Pensionskassenstudie von Swisscanto haben die Pensionskassen in den letzten Jahren mehrere Massnahmen getroffen, um die Rentenleistungen zu erhalten. Dazu gehören unter anderem die Erhöhung von Sparbeiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Senkung des Eintrittsalters für Sparbeiträge, die Erhöhung des Rücktrittsalters (ab dem die BVG-Pension bezogen werden können) und Einlagen von Arbeitgebern.

Unser Vorschlag:

Die kurzfristige Kompensation für die Übergangsgeneration erfolgt dezentral über 10 Jahre durch eine einmalige Erhöhung des BVG-Altersguthabens bei Rentenbezug. Finanziert wird diese Kompensationsmassnahme durch bereits bei den betroffenen Vorsorgeeinrichtungen vorhandenen technischen Rückstellungen.

3. Modell des vernünftigen Mittelwegs

3.1. Hintergrund

Der Reformvorschlag des Bundesrats geht teilweise in die richtige Richtung. Mit dem solidarisch finanzierten Rentenzuschlag enthält er aber ein zentrales Element, das auf breite Ablehnung stösst und damit die gesamte Vorlage in Frage stellt und eine Verzögerung der dringend benötigten Reform riskiert. Wir unterstützen daher den vernünftigen Mittelweg für die BVG-Reform. Er stellt die Mehrheitsfähigkeit sicher. Gleichzeitig lehnt unser Verband aber auch den vom Gewerbeverband eingebrachten Reformvorschlag ab, der auf dem vom Volk im Jahre 2017 abgelehnten Vorschlag «Altersvorsorge 2020» beruht.

Der Mittelweg liegt zwischen dem Modell des Bundesrats und demjenigen des Gewerbeverbands und berücksichtigt zudem den Reformvorschlag des Schweizerischen Pensionskassenverbands ASIP. Die Unterschiede zum Reformvorschlag des Bundesrats liegen einerseits in angepassten Parametern beim Koordinationsabzug und bei den Altersgutschriftensätzen. Vor allem kommt das Modell aber ohne Rentenzuschläge und damit auch ohne Ausbau der systemfremden Umverteilung aus.

3.2. Eckpunkte des vernünftigen Mittelwegs

- Sofortige Senkung des Mindestumwandlungssatzes von 6,8% auf 6,0%.
- Anpassung des Koordinationsabzug auf 60% des AHV-Lohnes, maximal CHF 21'330. Die prozentuale Berechnung bedeutet vor allem eine Senkung des Koordinationsabzugs für Geringverdiener.
- Beginn des Alterssparens ab 20 Jahren sowie Abflachung der Altersgutschriftensätze: Alter 20 – 34: 9%, Alter 35 – 44: 12%, Alter 45 – 65: 16%.
- Abfederungsmassnahmen für die Übergangsgeneration über 10 Jahre durch eine prozentuale, linear abgestufte Erhöhung des BVG-Altersguthabens bei Pensionierung unter Anrechnung des Überobligatoriums. Die prozentuale, linear abgestufte Erhöhung des BVG-Altersguthabens (zwischen 13,0% und 0%) kann aus vorhandenen technischen Rückstellungen der jeweiligen Vorsorgeeinrichtungen finanziert werden.

4. Gegenüberstellung der verschiedenen Modelle

	Bundesrat	Der vernünftige Mittelweg	Gewerbeverband
Mindestumwandlungssatz	6,0%	6,0%	6,0%
Koordinationsabzug	CHF 12'445	60% AHV-Lohn, max. CHF 21'330	CHF 24'885
Minimal versicherter Lohn	CHF 8'887	CHF 8'532	CHF 3'555
Maximal versicherter Lohn	CHF 72'877	CHF 63'990	CHF 60'435
Altersgutschriften			
• 20 – 24 Jahre	0%	9%	0%
• 25 – 34 Jahre	9%	9%	9%
• 35 – 44 Jahre	9%	12%	14%
• 45 – 54 Jahre	14%	16%	16%
• 55 – 65 Jahre	14%	16%	18%

Kompensation	Pauschale, dauerhafte Rentenerhöhung für alle Neurentner (Rentenzuschlag), die eine Rente beziehen. Das Überobligatorium wird nicht angerechnet.	Prozentuale, abgestufte Erhöhung des BVG-Altersguthabens während 10 Jahren, finanziert aus vorhandenen Rückstellungen Pensionskassen. Überobligatorium angerechnet.	linear Erhöhung des Altersguthabens während 10 Jahren, um alte Schattenrechnung halten zu können, finanziert über Zuschüsse des Sicherheitsfonds	Absolute Erhöhung des BVG-Altersguthabens während 10 Jahren, um alte Schattenrechnung halten zu können, finanziert über Zuschüsse des Sicherheitsfonds
Lohnbeitrag AHV	0,5%	0,0%	0,0%	
Mehrkosten pro Jahr	CHF 3,05 Mrd.	CHF 1,6 Mrd. ³	CHF 1,3 Mrd.	

5. Finanzielle Auswirkungen der BVG-Reform

Die Senkung des Mindestumwandlungssatzes bei gleichzeitigem Erhalt des Leistungsniveaus ist zwangsläufig mit höheren Kosten verbunden. Das Ziel einer mehrheitsfähigen Reform muss jedoch sein, diese Kosten auf ein vernünftiges und vertretbares Mass zu beschränken. Die finanziellen Auswirkungen des Modells des Bundesrats betragen gemäss Vernehmlassungsvorlage CHF 3,05 Mrd. (davon: CHF 1,4 Mrd. als Folge der Halbierung des Koordinationsabzuges und Anpassung der Altersgutschriftensätze, CHF 1,8 Mrd. zur Finanzierung des Rentenzuschlags, abzüglich CHF 0,2 Mrd. für wegfallende Beiträge zur Finanzierung der Zuschüsse bei ungünstiger Altersstruktur). Die Kosten werden über höhere Beiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmende getragen. Damit werden die Arbeitskosten in der Schweiz in einem nicht vertretbaren Umfang erhöht und die Nettolöhne für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern spürbar gesenkt, wobei vor allem Angestellte mit tiefen Löhnen besonders betroffen sein werden. Der vernünftige Mittelweg beschränkt hingegen die Mehrkosten aufgrund der Neuregelung der Altersgutschriftensätze auf CHF 1,6 Mrd. (Anpassung Koordinationsabzug, Anpassung der Altersgutschriftensätze, Anpassung Startalter).

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie um Berücksichtigung unserer Anregungen.

Freundliche Grüsse
Schweizerischer Baumeisterverband

Benedikt Koch
Direktor

Bernhard Salzmänn
Vizedirektor, Leiter Politik und Kommunikation

³ Laut Berechnungen von C-alm